

CDU/CSU	SPD	Die Linke	Bündnis 90 / Die Grünen	AFD	FDP	Freie Wähler	Piratenpartei
---------	-----	-----------	-------------------------	-----	-----	--------------	---------------

**Wirtschaftspolitik**

*Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei zur Sicherung eines stetigen Wirtschaftswachstums und zur Schaffung einer konsequenten Chancengleichheit? Wie werden dabei auch ökologische Anforderungen (Energiewende) und die Herausforderungen der Digitalisierung berücksichtigt?*

<p>Unser Ziel ist: Vollbeschäftigung bis 2025. Mit Bildung, Qualifizierung und einem „Fachkräfte- Zuwanderungsgesetz“ sorgen wir dafür, dass auch im digitalen Zeitalter jeder Arbeitsplatz besetzt ist. Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes stärken und so nachhaltiges Wachstum generieren. Dazu setzen wir insb. auf umfassende Steuerenkungen, stabile Lohnnebenkosten, solide Staatsfinanzen sowie Investitionen in den Breitbandausbau, Verkehrswege, Bildung und Forschung. Die Energiewende wollen wir zum Erfolg führen; hier steht der Netzausbau im Fokus.</p>	<p>Wir brauchen eine moderne Forschungs- und Innovationspolitik und eine Weiterentwicklung der Digitalen Agenda als ressortübergreifende Digitalisierungsstrategie. Eine steuerliche Forscherförderung für kleine und mittlere Unternehmen soll Innovationen zielgenauer fördern. In der Energiepolitik werden wir den Ausbaupfad der erneuerbaren Energien konsequent umsetzen und fortlaufend überprüfen. Dabei orientiert sich die Ausbaugeschwindigkeit an den Klimaschutzziele, zu denen sich die Bundesregierung international und mit dem Klimaschutzplan 2050 verpflichtet hat, sowie an Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit.</p>	<p>In langfristiger Betrachtung ist stetiges Wirtschaftswachstum aus ökologischen Gründen nicht möglich und nicht wünschenswert. In der Wirtschaftspolitik ist deshalb „business as usual“ keine Option. DIE LINKE setzt sich für einen umfassenden sozialökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft ein. Dabei ist die ökologische Frage auch eine zutiefst soziale Frage. Es sind arme Menschen, die am stärksten unter den Folgen des ökologischen Raubbaus leiden. Klimawandel und Umweltzerstörung werden viele Konflikte extrem verschärfen und hunderte Millionen Menschen zu Flüchtlingen machen. Aus diesen Gründen ist es unabdingbar, die Wirtschaft sozialer und ökologischer zu gestalten und dabei auch die Potentiale der Digitalisierung zu nutzen. Bei einer Neuregelung der Befreiungen bestimmter Energieunternehmen von der EEG-Umlage oder Netzentgelten ist die internationale Wettbewerbssituation zu berücksichtigen. Unternehmen sollten Ermäßigungen nur noch dann erhalten, wenn Sie tatsächlich und nachweislich aufgrund von energiewendebedingten Kostensteigerungen im internationalen Wettbewerb benachteiligt sind.</p>	<p>Klimawandel, Digitalisierung und Globalisierung stellen Unternehmen und Gesellschaft vor enorme Herausforderungen. Wir GRÜNE wollen eine ökologisch und ökonomisch erfolgreiche Wirtschaft und in diesem Wandel alle mitnehmen. Dafür wollen wir in Bildung, Forschung und Innovation, in Infrastruktur und Digitalisierung mindestens 12 Mrd. Euro mehr investieren. Den Mittelstand wollen wir mit einem IT-Beratungsnetzwerk beim digitalen Wandel unterstützen und diesen auch zu einem Gewinn für die Beschäftigten machen, durch Weiterbildung, durch ein Recht auf flexible Arbeitszeit und auf Homeoffice.</p>	<p><i>Keine Antwort</i></p>	<p>Wir Freie Demokraten wollen Grundsatz und Unternehmertum als Grundlage unseres Wohlstands fördern und allen Menschen ermöglichen, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen - beispielsweise für individuellere Bildung, zeit- und ortsunabhängiges Arbeiten oder neue Geschäftsmodelle. Dafür wollen wir insbesondere schnellstmöglich flächendeckende Gigabit-Infrastrukturen schaffen, die Staatsquote senken und Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen von Bürokratie und Steuern entlasten. Wir wollen Aufstieg unabhängig von der Herkunft ermöglichen, indem wir lebenslange Weiterqualifikation ermöglichen, Anstrengung belohnen und dies stets mit der Chance zum Wiederaufstehen verbinden.</p>	<p>Wir FREIE WÄHLER wollen den Unternehmen die besten Bedingungen bieten, damit sich diese im internationalen Wettbewerb behaupten können. Deshalb stehen wir für: - Ausbau der regionalen und strukturellen Wirtschaftsförderung - Einführung einer steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung - Steuerliche Förderung für energetische Gebäudesanierungen. Konsequente Chancengleichheit bedeutet für uns auch Chancengleichheit zwischen Stadt und Land. Die wichtigste Herausforderung sehen wir, auch im Hinblick auf die Digitalisierung, im flächendeckenden Ausbau des Breitbandinternets. - 100 prozentiger Glasfaserausbau als mittelfristiges Ziel - Gigabit-Offensive: Ein Förderprogramm, mit dem Unternehmen sich einen Gigabit-Anschluss ins Haus legen lassen können.</p>	<p>Irrwege der Vergangenheit, wie die Förderung überlebter Geschäftsmodelle, sind ad acta zu legen. In der Energiepolitik setzen wir uns für die Stärkung dezentraler Strukturen ein, die in kommunaler und regionaler Zusammenarbeit Lösungen bedürfnisgerecht implementieren können. Die zunehmende Digitalisierung begreifen wir als Chance. Maßnahmen zum Netzausbau (z.B. Glasfaser), aber auch die Erhaltung bzw. Herstellung der Netzneutralität sehen wir wie auch Investitionen in Bildung und Forschung als zentrale Aufgaben.</p>
--	---	--	---	-----------------------------	--	---	--

*Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei zur gleichberechtigten Vertretung der Belange von kleinen und mittleren Unternehmen sowie der von Großunternehmen und welche Maßnahmen plant Ihre Partei zum Bürokratieabbau?*

<p>CDU und CSU wollen, dass es weiterhin für Unternehmen unabhängig von der Größe gleichberechtigte Möglichkeiten gibt, ihre Belange zu vertreten. Dazu gehören z. B. die Bündelung der Interessen in Verbänden, Kammern oder Vereinigungen. Beim Bürokratieabbau setzen wir auf die bewährte „one in, one out“-Regel. Bei neuen Gesetzgebungsvorhaben soll – soweit vertretbar – auf Kontrolle und Regulierung verzichtet werden, bis eine Notwendigkeit dafür eindeutig nachgewiesen ist. Durch die Einführung eines digitalen Bürgerportals und eines elektronischen Bürgerkontos werden wir sicherstellen, dass praktisch alle Verwaltungsdienstleistungen deutschlandweit elektronisch verfügbar sind. Unser erklärtes Ziel ist daher der Abbau unnötiger Bürokratie gleich zu Beginn der neuen Wahlperiode.</p>	<p>Wir haben schon in der laufenden Legislaturperiode bei zwei Bürokratieentlastungsgesetzen den Schwerpunkt bei kleinen und mittleren Unternehmen gesetzt und sie mit über einer Mrd. Euro pro Jahr entlastet und die Abschreibungsmöglichkeiten für geringwertige Wirtschaftsgüter wie Werkzeug oder Büroausstattung verbessert. Auf diesen Pfaden werden wir weitergehen, um unnötige bürokratische Hindernisse weiter abzubauen und Vereinfachungen auch durch einen Ausbau der E-Government-Ansätze zu ermöglichen.</p>	<p>Wichtig für kleine und mittlere Unternehmen sind faire Wettbewerbsbedingungen. Wichtige Maßnahmen, um dies zu erreichen, sind: Bekämpfung der Schwarzarbeit, stärkerer Schutz der KMU vor der Marktmacht großer Unternehmen, Einbeziehung weniger organisierter Teile des Mittelstands in die Wirtschaftsförderung, Netzneutralität und gesetzliche Verankerung offener IT-Systeme DIE LINKE betrachtet die rückläufigen Innovationsaktivitäten des Mittelstandes als großes Problem. Die Hightech-Strategie der Bundesregierung adressiert vor allem exportorientierte Großunternehmen. Dienstleistungen sowie Unternehmen aus dem Bereich Mid- und Low-Tech, die den größten Teil des Mittelstandes repräsentieren, fallen häufig durch das Raster. DIE LINKE fordert deshalb eine deutlich stärkere KMU-Orientierung der Wirtschaftsförderung. Bei allen Maßnahmen der Wirtschaftspolitik sollte der Grundsatz gelten: Bürokratie ist an zwingende Notwendigkeiten für den Gesetzesvollzug zu binden.</p>	<p>KMU sollen nach grünen Vorstellungen einen steuerlichen Bonus von 15 Prozent auf alle Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen erhalten. Firmen, die noch keinen Gewinn erzielen, bekommen diesen ausgezahlt. Das hilft Gründern und Startups. Mit One-Stop-Shops wird Gründen künftig einfacher. Alle nötigen bürokratischen Voraussetzungen und Beratungen sind an einem Ort. Hinzu kommt günstige Absicherung für Krankheit, Pflege, Arbeitslosigkeit und Alter. Für weniger Bürokratie soll die Umsatzsteuer einfacher werden und die Grenze für die Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter soll auf 1.000 Euro deutlich steigen.</p>	<p><i>Keine Antwort</i></p>	<p>Wir Freie Demokraten treten generell für mehr unternehmerische Freiräume und bürokratische Entlastungen in Deutschland ein. Dazu wollen wir zum Beispiel die Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge abschaffen, die Dokumentationspflichten beim Mindestlohn vereinfachen und das „one in, two out“-Prinzip bei der Gesetzgebung einführen, wonach neue Regelungen nur dann verabschiedet werden sollen, wenn zugleich in doppeltem Umfang Folgekosten an anderer Stelle zurückgeführt werden. Zudem wollen wir eine verbindliche Mittelstandsklausel auf Bundesebene einführen, sodass alle Gesetze und Verordnungen bezüglich ihrer Auswirkungen auf kleine und mittlere Unternehmen geprüft werden.</p>	<p>Wir lehnen TTIP und CETA ab, da hier kleine und mittlere Unternehmen strukturell benachteiligt werden. Wir fordern Maßnahmen, die die Regionalbanken stärken, um die Kreditversorgung für kleine und mittlere Unternehmen zu gewährleisten. Insbesondere bei der Regulatorik und bei der Risikoversorge dürfen diese Institute nicht die gleichen strengen Auflagen bekommen, wie international tätige Großbanken. Sparkassen und Genossenschaftsbanken, aber auch sonstige Regionalbanken, haben die Finanzkrise der Jahre 2008/2009 nicht verursacht, sondern maßgeblich zu deren erfolgreichen Bewältigung beigetragen. Beim Bürokratieabbau fordern wir vor allem deutliche Entlastungen bei den Dokumentationspflichten beim Mindestlohn sowie eine praxistaugliche Ausgestaltung der Allergenverordnung.</p>	<p>Die Offenlegung eines Lobbyregisters ist begrüßenswert. So wissen auch KMU, mit wem die Großunternehmen zusammenarbeiten. Transparenz statt Hinterzimmerpolitik ist gerade für KMU, die nicht über die Mittel verfügen, sich derartige Zugänge zur Politik zu verschaffen, sehr wichtig, um kommende Entscheidungen frühzeitig zu erfahren und beeinflussen zu können. Wir setzen uns für die Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft in IHKs und Kammern ein, ausgenommen der Rechtsanwalts-, Notar- und Ärztekammern.</p>
---	--	---	--	-----------------------------	--	---	---

*Welche wettbewerbspolitischen Maßnahmen plant Ihre Partei zur Verhinderung monopolartiger Ausprägungen? Sind Sie für eine Aufhebung der Ministererlaubnis bei Entscheidungen der Kartellbehörden? Wo plant Ihre Partei staatliche Eingriffe im Falle eines Marktversagens?*

<p>CDU und CSU wollen den Wettbewerb als Motor der Sozialen Marktwirtschaft weiter fördern. Wettbewerbs-hüter sollen auch künftig konsequent durchgreifen dürfen. Dafür muss das Wettbewerbsrecht den Veränderungen der Wirtschaftsstruktur Rech-</p>	<p>In der laufenden Legislaturperiode wurde das Kartellrecht etwa an die Digitalisierung der Wirtschaft angepasst, durch veränderte Kriterien für die Bestimmung von Marktmacht. Ziel ist es, die großen Internetplattformen besser kontrollieren zu kön-</p>	<p>Angesichts zunehmender Vermachtung vieler Wirtschaftszweige fordert DIE LINKE ein wirksameres und strikteres Anti-Monopol- und Kartellrecht. Entsprechend sind die gesetzlich definierten Eingriffsschwellen für die Kartellbehörden zu verbessern</p>	<p>Wir wollen einen funktionierenden, fairen Wettbewerb als tragende Säule für eine soziale und ökologische Marktwirtschaft, für den Verbraucherschutz und als Motor für Innovation und Kreativität. Dafür wollen wir diskriminierungsfreie und offene</p>	<p><i>Keine Antwort</i></p>	<p>Wir Freie Demokraten wollen die kartellrechtliche Missbrauchsaufsicht und Fusionskontrolle stärken und das Wettbewerbsrecht fit für die Digitalisierung machen. Denn in rasant wachsenden digitalen Märkten muss auch die zu erwartende wirtschaftli-</p>	<p>Wir haben uns konkret gegen die Übernahme von Kaiser’s Tengelmann durch Edeka ausgesprochen, da es hier unserer Meinung nach zu monopolartigen Strukturen kommt. Die FREIE WÄHLER Fraktion im Bayerischen Landtag hat hierzu entspre-</p>	<p>Um Monopolstrukturen und deren Entstehung zu verhindern, bedarf es einer wirksamen Wettbewerbsgesetzgebung. Wir sind gegen die Ministererlaubnis, weil wettbewerbspolitische Maßnahmen nicht mit dem Parteibuch zu treffen sind, sondern</p>
---	---	---	--	-----------------------------	--	--	---

CDU/CSU	SPD	Die Linke	Bündnis 90 / Die Grünen	AFD	FDP	Freie Wähler	Piratenpartei
<p>nung tragen. So hat die unionsgeführte Bundesregierung 2017 das Kartellrecht an die Digitalisierung der Wirtschaft angepasst, um den dort erkennbaren Konzentrationstendenzen entgegenzuwirken. Zudem wurde das Verfahren bei der Ministererlaubnis deutlich gestrafft und transparenter gemacht, damit allen Beteiligten „lange Hängepartien“ wie im Falle Kaiser’s Tengelmann künftig erspart bleiben.</p>	<p>nen, wenn das im Einzelfall nötig sein sollte. Zusätzlich sollte die Rolle des Bundeskartellamts im Bereich des kollektiven Verbraucherschutzes gestärkt werden. Hier ist in der jüngsten Reform bereits ein erster Einstieg vorgenommen worden.</p>	<p>und die Pönalen zu verschärfen. Das Kartellrecht sieht zu Recht neben der Beurteilung und dem Verbot von Zusammenschlüssen die Möglichkeit der politischen Überprüfung dieser Entscheidung vor. Dies ist notwendig, da das Bundeskartellamt bei seinen Beschlüssen keine Gemeinwohlinteressen wie Beschäftigungssicherung oder Verbraucherschutz berücksichtigt. Das Verfahren um den Zusammenschluss von Kaiser’s Tengelmann und Edeka hat einmal mehr verdeutlicht, dass die jetzige Ministererlaubnis der politischen Tragweite von Großfusionen nicht gerecht wird. Die Abwägung von überragenden öffentlichen Interessen und gesamtwirtschaftlichen Vorteilen gegen die Zunahme bzw. Entstehung von Marktbeherrschung darf nicht allein der Person des Wirtschaftsministers überlassen werden. Deshalb fordert DIE LINKE eine Parlamentserlaubnis statt der Ministererlaubnis im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen.</p>	<p>Märkte schützen, z. B. durch Erhalt der Netzneutralität. Marktbeherrschende Unternehmen sollen als letztes Mittel entflochten werden können. Die Ministererlaubnis braucht mehr Transparenz und demokratische Kontrolle. Der Fall von Kaiser’s Tengelmann hat gezeigt, dass die Alleinentscheidung des Wirtschaftsministers missbrauchsanfällig ist.</p>		<p>che Macht des fusionierten Unternehmens berücksichtigt werden. Wir sprechen uns daher dafür aus, dass die Fusionskontrolle der nationalen und europäischen Kartellbehörden nicht nur bei Überschreiten bestimmter Umsatzschwellen greift, sondern zusätzlich auch bei Überschreiten festgelegter Transaktionswerte beim Kauf eines Unternehmens.</p>	<p>chende Initiativen ergriffen. Ferner muss die Übernahme deutscher High-Tech- Unternehmen durch staatsnahe Konzerne aus China und ggf. anderen Nicht-EU-Staaten verhindert werden. Dies gilt insbesondere dann, wenn es sich um Firmen handelt, an denen Deutschland ein nationales Interesse hat, etwa im Bereich von Verteidigung/Sicherheit/Rüstung, aber auch von Industrie 4.0 (z.B. KUKA) und anderen Schlüsseltechnologien. Industrie- und sicherheitspolitisch motivierte Übernahmen unserer Konzerne durch ausländische Investoren müssen verhindert werden. Hierzu benötigen wir regulatorische Instrumente und den erklärten politischen Willen der Regierungen in Bund und Land.</p>	<p>nach einer weitestgehend unabhängigen und qualifizierten Einschätzung. Staatliche Eingriffe kommen für uns dann in Frage, wenn wir Externalitäten zu Lasten der Gesellschaft sehen, insbesondere wenn dies für ein Unternehmen wesentlicher Teil des Geschäftsmodells ist.</p>

*Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei zur Schaffung eines global funktionierenden und fairen Freihandels und wie stellen Sie das Primat der Politik bei Verletzungen von Menschenrechten und Völkerrecht sicher?*

<p>CDU und CSU bekennen sich zur internationalen und multilateralen Zusammenarbeit zwischen Ländern und Regionen. Wir werden die transatlantischen Beziehungen wie der zentraler Partner, auch im Bereich von Handel und Wirtschaft. Wir wollen das Freihandelsabkommen CETA mit Leben erfüllen und streben weiterhin ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA an. Gegen unfaire Handelspraktiken werden wir uns schützen. Wir werden zudem an den Menschenrechtsschutznormen unserer Rechtsordnung festhalten, die für Unternehmen verbindlich sind.</p>	<p>Es ist möglich, fortschrittliche und faire Handelsabkommen abzuschließen, die gleichzeitig unsere bewährten Standards und Normen gewährleisten und so einen wichtigen Beitrag zur Gestaltung der Globalisierung leisten. Solange keine wesentlichen Fortschritte bei der Welthandelsorganisation WTO zu erzielen sind, bleiben bilaterale Handelsabkommen der EU mit unseren Partnerländern der beste Weg, um zu möglichst gerechten Bedingungen beim Welthandel zu kommen.</p>	<p>DIE LINKE fordert einen fairen Welthandel mit eindeutigen und einklagbaren sozialen und ökologischen Standards. Mit Bezug auf aktuell diskutierte Handels- und Investitionsverträge müssen aus Sicht der LINKEN folgende Eckpunkte gelten: keine Geheimverhandlungen; keine Klageprivilegien für Investoren; wirksame Regeln gegen Lohn-, Sozial- und Umweltdumping; strikte Regulierung der Finanzbranche; hohe Qualitätsstandards für Konsumgüter und Dienstleistungen; Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung; klare Regeln beim Datenschutz. Handelsabkommen, die solchen Kriterien nicht gerecht werden, lehnt DIE LINKE ab.</p>	<p>Wir GRÜNE setzen uns für gerechte Handelsregeln ein, die fairen Wettbewerb und eine ressourcenschonende Produktionsweise fördern, Menschen wirtschaftliche Perspektiven bieten und Beschäftigte und Verbraucherinnen durch verbindliche und hohe Standards schützen. Deutsche Unternehmen erfüllen bereits hohe Produktionsstandards. Damit dies im internationalen Markt kein Wettbewerbsnachteil wird, verlangen wir, technische Standards nur auf höchstem Schutzniveau in Freihandelsabkommen festzuschreiben. Zur Schaffung eines „level playing field“ für internationale Unternehmen fordern wir verbindliche Offenlegungspflichten für die gesamte Lieferkette, damit die Verantwortlichen für Tragödien wie die von Rana Plaza geahndet werden können. Wir lehnen Klageprivilegien für Investoren ab und fordern einen multilateralen ständigen Gerichtshof unter dem Dach der UN.</p>	<p>Keine Antwort</p>	<p>Der Welthandel ist der größte Motor für Wohlstand und schafft die Grundlagen für Beschäftigung und Einkommen. Wir Freie Demokraten wollen deshalb den Freihandel ausbauen, Handelshemmnisse jeder Art konsequent abbauen und die Welthandelsorganisation (WTO) als zentralen Ort zur Schaffung eines gerechten globalen Welthandelssystems stärken. Wenn wir Handelshemmnisse abbauen und gleichzeitig unsere hohen Standards bei Menschenrechten, Lebensmittel- und Umweltsicherheit als Rechtsgrundlage nehmen, haben wir die einmalige Chance, der Globalisierung gerechte Regeln zu geben.</p>	<p>Wir lehnen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA ab, da wir eine Gefahr für kleine und mittelständische Unternehmen in Deutschland sehen, sei es in der Industrie, im Bereich der Dienstleistungen und freien Berufe sowie der Landwirtschaft. Damit stehen auch zahlreiche Arbeitsplätze auf dem Spiel. Die Investorenschutzklausel höhlt unsere demokratisch legitimierte nationale Justiz aus und auch die Möglichkeit, künftig notwendige gesetzgeberische Maßnahmen zu treffen, sehen wir hierdurch unangemessen eingeschränkt. Vielmehr treten wir dafür ein, die Welthandelsrunden wiederzubeleben. Im Rahmen der WTO und nicht durch immer mehr bilaterale Handelsabkommen wollen wir einen gerechten und funktionierenden Welthandel schaffen. Dabei gilt es auch, den weniger entwickelten Ländern eine faire Chance und Teilhabe zu geben.</p>	<p>Handel muss vor allem fair sein, eine Bevorzugung von Konzernen z.B. durch eine Paralleljustiz ist inakzeptabel. Internationale Normen sind am besten über ISO, IEC und ITU zu regeln. TTIP und CETA versagen hier gründlich. Neue Abkommen müssen die jeweils höchsten Standards in Arbeitsmarkt-, Verbraucher- und Umweltschutz und allen ihren Nuancen haben. Denn das alles sind Elemente einer nachhaltigen Gesellschaft, die wir anstreben.</p>
--	--	---	--	----------------------	---	--	--

**Finanzpolitik**

*Welche Entlastungen der Steuerzahler plant Ihre Partei angesichts rekordhoher staatlicher Einnahmen? Sollte der Solidaritätszuschlag abgeschafft werden? Welche Maßnahmen sind geplant, um die kalte Progression zu verhindern bzw. zu reduzieren?*

<p>CDU und CSU werden die Einkommensteuer um gut 15 Milliarden Euro senken. Dazu werden wir den „Mittelstandsbauch“ verringern. Der Spitzensteuersatz soll erst ab einem zu versteuernden Einkommen von 60.000 Euro einsetzen. Darüber hinaus wollen wir den Kinderfreibetrag in zwei Schritten auf die Höhe des Grundfreibetrags anheben und parallel das Kindergeld erhöhen – im ersten Schritt um 25 Euro pro Monat und Kind. Zudem werden wir den Solidaritätszuschlag ab 2020 schrittweise schnellstmöglich abschaffen – und zwar für alle. Die Wirkungen der kalten Progression werden wir weiter wie bisher regelmäßig ausgleichen.</p>	<p>Wir entlasten kleine und mittlere Einkommen um knapp 15 Mrd. Euro, indem wir den Steuertarif verändern, der Spitzensteuersatz erst später greift und wir die Parität bei den Gesundheitsbeiträgen wieder einführen. Zudem schaffen wir ab 2020 den Solidaritätszuschlag in einem ersten Schritt für kleine und mittlere Einkommen ab. Von der teilweisen Abschaffung des Solidaritätszuschlages können Singles profitieren, die 52.000 Euro zu versteuerndes Einkommen und Ehepaare, die 104.000 Euro zu versteuerndes Einkommen zur Verfügung haben. Wir entlasten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ein sehr geringes Einkommen haben und nur wenig oder gar keine Ein-</p>	<p>DIE LINKE fordert eine steuerliche Entlastung der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger. Unser diesbezügliches Konzept sieht vor, dass niedrige und mittlere Einkommen bei der Einkommensteuer entlastet, hohe Einkommen aber belastet werden. Eine bloße Abschaffung des Solidaritätszuschlages käme dagegen vor allem hohen Einkommen zugute, da niedrige Einkommen keinen oder nur einen reduzierten Solidaritätszuschlag zahlen. Unser Tarif der Einkommensteuer sieht unter anderem eine deutliche Anhebung des Grundfreibetrags (von derzeit 8.820 Euro auf 12.600 Euro pro Jahr) sowie ein Absenken des Tarifverlaufs für mittlere Einkommen vor. Als Faustre-</p>	<p>Mit dem von uns vorgesehenen Familienbudget wollen wir zielgenau und umfangreich Kinder und deren Familien fördern und entlasten. Zudem wollen wir den Grundfreibetrag anheben, wovon geringe und mittlere Einkommen profitieren. Damit wirken wir auch der kalten Progression entgegen. Die Wirksamkeit dieser Maßnahme wird auch im zweiten Steuerprogressionsbericht der Bundesregierung bestätigt. Wir gehen derzeit nicht davon aus, dass ohne Weiteres auf die Einnahmen des Solidaritätszuschlages verzichtet werden kann.</p>	<p>Keine Antwort</p>	<p>Wir Freie Demokraten wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger wieder einen fairen Anteil an den Wachstums- und Wohlstandsgewinnen haben. Deshalb sind wir entschlossen, die übermäßige Umverteilung von Privat zu Staat zu beenden. Wichtige Anliegen sind uns zum Beispiel die Abschaffung des Solidaritätszuschlages, die Senkung der Stromsteuer und ein leistungsgerechter Tarif bei der Einkommenssteuer. Zur Beseitigung der kalten Progression wollen wir einen dauerhaften Einstieg in eine regelmäßige Anpassung des Steuertarifs einschließlich der Freibeträge, Freigrenzen und Pauschbeträge an die Inflation - der Tarif wird also „auf Räder gestellt“.</p>	<p>Für folgende konkrete Maßnahmen treten wir ein: - Abschaffung der Erbschaft- und Schenkungsteuer - Anpassung der Pauschalen und Freibeträge im Einkommensteuergesetz (EStG) und die Einkommensgrenzen im Fünften Vermögensbildungsgesetz (VermBG) und Wohnungsbauprämien-gesetz (WoPG) an das aktuelle Preisniveau - Bekämpfung von Offshore-Paradiesen wie Panama - Keine Verlängerung des Solidaritätszuschlages - Keine steuerliche Zusatzbelastung durch den Brexit - Abschaffung der kalten Progression</p>	<p>Wir brauchen vor allem Vereinfachungen, die die Erhebung von Steuern und Gebühren transparent mit weniger Sonder- und Ausnahmeregelungen gestalten. Wir sehen weder eine unmittelbare Verringerung der Steuerlast noch eine Abschaffung des Soli vor. Ebenso wenig, Maßnahmen zur Kompensation einer kurzfristigen und unumkehrbaren Progression. Sollte dies ein deutlicher Inflationsanstieg nötig machen, so bestehen ausreichend Möglichkeiten, Steuerfreibeträge kurzfristig und unmittelbar zu erhöhen. Wir stellen Nachholbedarf im Niedriglohnssektor fest und fordern eine deutliche Erhöhung des Mindestlohns.</p>
--	--	--	--	----------------------	---	---	---

CDU/CSU	SPD	Die Linke	Bündnis 90 / Die Grünen	AFD	FDP	Freie Wähler	Piratenpartei
---------	-----	-----------	-------------------------	-----	-----	--------------	---------------

kommenssteuer zahlen, entlasten wir bei den Sozialabgaben sind. Familien fördern wir gezielt mit dem Familien-tarif mit Kinderbonus. Wir entlasten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Einkommensteuer.

gel gilt: Wer weniger als 7.000 Euro brutto pro Monat verdient wird entlastet, wer mehr verdient wird belastet. Damit wird die große Mehrheit der Steuerpflichtigen um weit mehr als die kalte Progression der letzten Jahre entlastet.

*Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um das Steuerrecht zu vereinfachen?*

Für CDU und CSU ist klar: Ein einfaches Steuerrecht schafft mehr Gerechtigkeit als ein kompliziertes. Daher bleibt es weiterhin unser Ziel, das Steuerrecht einfacher und überschaubarer zu machen. Mit unserem Programm „Bürgerfreundliche Verwaltung“ werden wir dafür sorgen, dass die Bearbeitung und Abgabe von Steuererklärungen überall in Deutschland grundlegend vereinfacht wird. Jedem Steuerpflichtigen sollen vorausgefüllte elektronische Formulare zur Verfügung stehen, in denen wesentliche Angaben zu Einkünften, Zahl der Kinder und Höhe der Sozialabgaben bereits berücksichtigt sind.

Die SPD hat sich bereits im vergangenen Regierungsprogramm 2013 für eine Vereinfachung des Steuerrechts ausgesprochen und gefordert, nicht länger notwendige Subventionen zu kürzen oder abzuschaffen. Leider war dies mit CDU/CSU nicht möglich.

DIE LINKE befürwortet mehr Transparenz und Vereinfachung im Steuerrecht. Von den meisten Sonderregelungen und Steuersubventionen profitieren in allererster Linie Gutdienende, große Konzerne sowie deren Steuer- und Unternehmensberaterinnen bzw. -berater. Daher wollen wir vor allem solche steuerlichen Sondertatbestände und Subventionen streichen, die es ertragreichen Unternehmen und Wohlhabenden ermöglichen, ihre Gewinne künstlich klein zu rechnen. In diesem Sinne fordern wir beispielsweise eine Reduzierung der Ausnahme- und Befreiungsregelungen bei Energie- und Stromsteuer. Die durch die jüngste Reform der Erbschaftsteuer noch komplizierter gewordenen Steuerbefreiungen für Unternehmensvermögen wollen wir streichen. Darüber hinaus erachtet DIE LINKE solche Steuervereinfachungen für sinnvoll, die vor allem zugunsten von Bezieherinnen und Beziehern niedriger und mittlerer Einkommen oder kleinen und mittleren Unternehmen wirken. So befürworten wir beispielsweise eine Anhebung der Pauschbeträge für behinderte Menschen. Die komplizierten Regelungen zur steuerlichen Begünstigung der privaten Altersvorsorge wollen wir streichen. Bei der Einkommensteuer wollen wir die bisherigen kindbezogenen Freibeträge abschaffen. Stattdessen wollen wir das Kindergeld von derzeit 192 Euro für das erste und zweite Kind auf 328 Euro pro Kind und Monat anheben.

Generell wollen wir die Kommunikation mit den Finanzämtern mittels moderner Informationstechnologie vereinfachen. Vorausgefüllte Steuererklärungen sind ein Schritt in die richtige Richtung. Formulare sollen auf ein notwendiges Mindestmaß reduziert werden, um am Ende für alle ein möglichst einfaches und verständliches Verfahren zu ermöglichen. Wir setzen uns ein für eine Vereinfachung bei der Umsatzsteuer mit Blick auf den ermäßigten Steuersatz und auf die aufwändigen Verfahren bei Handel innerhalb der EU. Zudem wollen wir die Abschreibungsgrenze für geringwertige Wirtschaftsgüter auf 1000 Euro anheben. Das vereinfacht das Steuerrecht und baut Bürokratie ab.

*Keine Antwort*

Wir Freie Demokraten halten eine grundlegende Überarbeitung und Vereinfachung des Steuerrechts nach wie vor für notwendig. Da dies in der letzten Legislaturperiode am Widerstand des Koalitionspartners scheiterte, beabsichtigen wir nun schrittweise Vereinfachungen. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wollen wir beispielsweise die Pauschbeträge erhöhen und die Steuererklärung insgesamt weiter vereinfachen. Bei der Mehrwertsteuer setzen wir uns grundlegend für Vereinfachungen und Vereinheitlichungen auf europäischer Ebene ein, um Wettbewerbsverzerrungen abzubauen.

Das Steuerrecht ist generell überreguliert. Das Zusammenspiel internationaler Abkommen, nationaler, regionaler und örtlicher Bestimmungen, gepaart mit einer Vielzahl von ministeriellen Erlassen und Gerichtsentscheidungen, machen diese Materie nur noch für Fachleute einigermaßen begreifbar. Daher einige unserer Kernforderungen:  
 - Beseitigung regulatorischer Widersprüche  
 - Vereinfachungen im Umsatzsteuerrecht  
 - Klare Zuordnung des regulären bzw. verminderten Steuersatzes. Beispiel Hotel und Gastronomie: Hier treten wir für einen einheitlich verminderten Steuersatz ein, egal ob es sich um Kiosk oder Gaststätte handelt.  
 - Abschaffung der komplizierten und bürokratischen Erbschaftssteuer  
 - Regelmäßige Überprüfung steuerlicher Ausnahmetatbestände, ob diese nach ihrer Zielsetzung noch zeitgemäß sind.

Das Steuersystem soll durch eine Reihe Reformen in Richtung Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) geführt werden. So fordern wir einen einheitlichen Mehrwertsteuer-Regelsatz zu schaffen. Durch die Ausschüttung der Steuermehreinnahmen als Sockeleinkommen ist die Anhebung des Mehrwertsteuersatzes sozial, da das Sockeleinkommen die Kostenerhöhung durch den höheren Umsatzsteuersatz für Familien und einkommensschwache Menschen nicht nur ausgleicht, sondern sogar zu einem kleinen Teil übersteigt.

*Ist Ihre Partei der Schuldenbremse und dem Vorrang des Schuldenabbaus verpflichtet? Wie sind solide Finanzen für Bund, Länder und Sozialversicherung nachhaltig zu sichern?*

Die Beachtung der Schuldenbremse ist ein verfassungsrechtliches Gebot. CDU und CSU werden sie auch in den kommenden vier Jahren einhalten. Die unionsgeführte Bundesregierung verzichtet seit 2014 auf die Aufnahme neuer Schulden. Mit uns wird der Bund auch weiterhin keine neuen Schulden aufnehmen. Mittel- und langfristig wollen wir vorhandene Schulden tilgen. Damit wollen wir, abhängig von der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung, bereits in der kommenden Wahlperiode beginnen.

Die SPD fühlt sich der Einhaltung der Schuldenbremse verpflichtet, auch um künftigen Generationen haushaltspolitischen Gestaltungsspielraum zu ermöglichen. Aufgrund der robusten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, der steigenden Beschäftigungszahlen und unserer erfolgreichen Haushaltspolitik wird Deutschland auch bei der Schuldenstandsquote zum Ende des Jahrzehnts die zentralen Kriterien des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes wieder vollständig einhalten.

Die Schuldenbremse und die »schwarze Null« sind vor allem Hebel, um die Daseinsfürsorge kaputt zu sparen und neue Märkte für private Konzerne zu schaffen. Infrastruktur, die Generationen halten wird, kann auch im Vorgriff auf die nächsten Generationen finanziert werden. Kredite in diesem Sinne auszuschließen, ist unverantwortlich und wirtschaftlich unsinnig, noch dazu angesichts der aktuell extrem niedrigen Zinsen. Investitionen des Staates in die Öffentliche Daseinsvorsorge und Infrastruktur sind wichtige Investitionen in die Zukunft, die sich für die nachfolgenden Generationen rechnen. Zu ihrer Finanzierung will DIE LINKE die Multi-Millionäre endlich durch höhere Steuern angemessen zur Finanzierung des Gemeinwohls heranziehen. DIE LINKE setzt auf Privatisierungsstopp statt Schuldenbremse. Die Schuldenbremse muss

Wir GRÜNE orientieren uns in der Haushalts- und Finanzpolitik am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung. D.h. auch: Die heutige Generation darf nicht auf Kosten der nachfolgenden leben und wirtschaften. Dieser Grundsatz muss sich in der Ausgaben- und Einnahmenstruktur des Bundeshaushalts widerspiegeln. Um kommenden Generationen einen finanz-, sozial- und gesellschaftspolitischen Gestaltungsspielraum zu vererben, braucht es verlässliche und mehr Investitionen. Mit unserer Investitionsoffensive, dem grünen Klimaschutzhaushalt und einer die Schuldenbremse ergänzenden Investitionsregel setzen wir auf eine gerechtere, grüne Zukunft.

*Keine Antwort*

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine generationengerechte Politik, solide Haushalte und den Schuldenabbau ein. Zur Einhaltung der Schuldenbremse fordern wir beispielsweise wirksame Klagemöglichkeiten und stärkere Befugnisse des Stabilitätsrates. Zudem sollen Neuverschuldungen künftig nur noch mit Zweidrittelmehrheit in den Parlamenten beschlossen werden dürfen. Für die Sozialversicherungssysteme wollen wir eine „Schuldenbremse 2.0“ im Grundgesetz verankern, sodass versicherungsfremde Leistungen künftig vollständig aus dem Bundeshaushalt und nicht mehr aus den Sozialversicherungskassen finanziert werden.

Wir FREIE WÄHLER stehen hinter der Schuldenbremse. Im Bayerischen Landtag haben wir beispielsweise zugestimmt, sie in die Bayerische Verfassung aufzunehmen. Wir dürfen künftige Generationen nicht mehr durch steigende Schulden belasten. Dies gilt auch für die Kommunen. Diese benötigen zur Erfüllung ihrer Aufgaben und zur finanziellen Gesundung mehr Mittel vom Land. Der Schuldenstand im Bund und in der überwiegenden Zahl der Länder ist zu hoch und muss zurückgeführt werden. Auch die verdeckte Verschuldung muss beseitigt werden: Dies betrifft insbesondere den Erhalt unserer Infrastruktur.

Bildung (Universitäten, Sanierung von Schulen, Kindertagesstätten) und Infrastruktur (Straßen, Breitbandausbau) werden seit Jahren vernachlässigt. Hier weiter zu sparen richtet einen enormen Schaden an, der langfristig wirken wird. Derartige Investitionen, die zur Sicherung einer sozialen und wirtschaftlichen Zukunft dienen, müssen auf jeden Fall Vorrang vor einer Schuldenbremse haben. Ein wichtiger Aspekt ist es, Ausgaben für Katastrophenprojekte wie S21 und BER zu verhindern.

CDU/CSU	SPD	Die Linke	Bündnis 90 / Die Grünen	AFD	FDP	Freie Wähler	Piratenpartei
		zurückgenommen werden. DIE LINKE setzt sich für eine entsprechende Veränderung der Verfassung ein. Bis dahin muss der Vollzug der Schuldenbremse ausgesetzt werden. Wir wollen die Zwangsverwaltung kommunaler Haushalte abschaffen. Den Kommunen soll erlaubt werden, über kommunale Unternehmen Kredite aufzunehmen, um die Öffentlichen Daseinsvorsorge gewährleisten zu können.					

*Welche Maßnahmen plant Ihre Partei zur Verbesserung der Finanzierungsmöglichkeiten für Unternehmen im Inland und bei Auslandsaktivitäten (z.B. über Exportgarantien)? Wie kann eine zielgenauere Regulierung sichergestellt werden?*

CDU und CSU werden vor allem die Bedingungen für Wagniskapital weiter verbessern. Den Zugang für Start-ups zu Wagniskapital wollen wir auch über steuerliche Förderung erleichtern: Wer sich an Start-ups beteiligt, soll das bei der Steuer berücksichtigen können. Im Hinblick auf Auslandsaktivitäten wollen wir bewährte Instrumente, wie etwa die Exportkreditversicherung (Hermes-Bürgschaften), fortführen und sie bei Bedarf an neue Herausforderungen anpassen.	Die SPD hat dazu bereits in dieser Legislaturperiode viele Verbesserungen durchsetzen können, so z. B. die zeitliche Verlängerung für Investitionsrückstellungen und umfangreiche Maßnahmen zum Bürokratieabbau. Um innovative Unternehmensgründungen zu fördern, wollen wir die Bedingungen für Risikokapital verbessern. Die EU muss durch eine aktive Innovations- und Industriepolitik ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern. Dazu werden wir mehr Mittel für Innovationen bereitstellen. Mit neuen Maßnahmen wollen wir eine zielgenauere Förderung erreichen und dafür sorgen, dass aus guten Ideen schneller neue Produkte werden.	Die Ursachen der Finanz- und Weltwirtschaftskrise sind nicht überwunden, weil die Regierungen nicht den Mut hatten, sich mit den Großbanken, Hedge-Fonds und den Multi-Milliardären anzulegen. Auch die Bundesregierung hat bei der Bankenregulierung versagt. Die Verstrickung der Deutschen Bank in kriminelle Geschäfte zeigt, dass private Großbanken immer noch tickende Zeitbomben sind. Sie sind abgesichert, weil ihnen indirekt garantiert wird, dass sie vom Steuerzahler gerettet werden. Diese Garantie nutzen sie für riskantes Investmentbanking. Ein wirklicher Bruch mit dem Finanzkapitalismus ist notwendig. Um die Finanzierungsmöglichkeiten insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen zu verbessern, sollte Kapital umgelenkt werden: weg von den internationalen Finanzmärkten und hin zu den dringend notwendigen privaten und öffentlichen Investitionen. Angesichts der hohen deutschen Leistungsbilanzüberschüsse sollte die Exportförderung nicht ausgedehnt, sondern eher zurückgenommen werden.	Wir stärken die Innenfinanzierung von Unternehmen, indem wir Unternehmen, die ihre Gewinne nicht entnehmen, sondern reinvestieren, besonders fördern. Mit dem grünen Gründungskapital bekommt jeder, der sich selbstständig machen will und ein überzeugendes Konzept vorlegt, ein flexibles und zinsfreies Darlehen von einmalig 25.000 Euro. Zudem werden wir neue Finanzierungsformen wie Crowdfunding stärken und diese mit Förderbanken vernetzen. Wir unterstützen den Ausbau der Wagnisfinanzierung in der staatlichen Förderbank KfW.	Keine Antwort	Wir Freie Demokraten wollen beispielsweise ein Venture-Capital-Gesetz, das beste Bedingungen für Wagniskapital in Deutschland schafft, auch und gerade im Steuerrecht. Wichtig ist hier unter anderem ein Ende der (steuerlichen) Diskriminierung von Eigenkapital gegenüber Fremdkapital. Zudem fordern wir zur Sicherung der Mittelstandsfinanzierung, dass kleinere Banken mit risikoärmerem Geschäftsmodellen von regulatorischen Auflagen im Meldewesen und in der Offenlegung entlastet werden. In der Außenwirtschaftspolitik treten wir bei der Absicherung von Aufträgen unter fünf Millionen Euro im Rahmen des Hermesbürgschaftsprogramms für eine „Small Ticket“-Lösung ein.	Wir wollen Deutschland zum Start-Up-Land machen. Breitflächiges Unternehmertum schafft Arbeitsplätze und Wohlstand. Die Bedingungen für Start-Ups sind in Deutschland nicht besonders gut. Viel Bürokratie und die fehlende Sicherheit, mit der eigenen Geschäftsidee langfristig Fuß zu fassen, stellen ein Problem dar. Dem wollen wir uns durch eine neue Start-Up-Förderinitiative annehmen.	Für große Unternehmen ist das Begeben von Anleihen zwar ein adäquates Mittel, für den Mittelstand gilt es, den Zugang zu Unternehmensfinanzierungen über bilaterale Darlehen aufrechtzuerhalten. Daher befürworten wir jede Änderung an der Umsetzung der zugrunde liegenden Regelungen, die eine unkomplizierte Förderung und Finanzierung insbesondere des Mittelstands wieder ermöglicht. So steht das Ausmaß an Dokumentation und Solvenzkapitalanforderungen in keinem Verhältnis zu den Erfahrungen der Vergangenheit.
--	--	---	---	---------------	--	--	--

**Sozialpolitik**

*In welcher Form möchte Ihre Partei mit den stetig steigenden Kosten im Gesundheits- und Pflegewesen umgehen und welche Position vertreten sie hinsichtlich der paritätischen Finanzierung der GKV? Welche Schritte sollen zur Lösung des Fachkräftemangels ergriffen werden?*

CDU und CSU halten an der bestehenden Aufteilung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge fest. So bleiben die Lohnzusatzkosten stabil. Das sichert Arbeitsplätze. Dabei ist zu beachten, dass Arbeitgeber durch die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall einen zusätzlichen Beitrag leisten. Die Entwicklung der Zusatzbeiträge der Arbeitnehmer werden wir regelmäßig überprüfen. Um die Gesundheits- und Sozialberufe attraktiver machen und ausreichend Fachkräfte zu gewinnen, werden wir noch vorhandenes Schulgeld abschaffen. Zudem werden wir unsere Anstrengungen in den Bereichen Bildung, Ausbildung und Weiterbildung erheblich verstärken.	Parität in der GKV: Das Präsidium der SPD sowie die SPD-Bundestagsfraktion haben bereits im Frühjahr 2016 Beschlüsse zur Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung in der gesetzlichen Krankenversicherung gefasst. Unser Ziel bleibt die Einführung eines einheitlichen Versicherungsmarktes und die langfristige Auflösung der Dualität zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung sowie die Schaffung einer solidarischen Bürgerversicherung. Fachkräfte im Krankenhaus und in der Pflege: Grundsätzlich wollen wir mit einem Einwanderungsgesetz die Zuwanderung von Fachkräften besser organisieren und steuern. In den Pflegestärkungsgesetzen haben wir bereits geregelt, dass die Zahlung nach Tariflohn durch die Vertragspartner nicht mehr als unwirtschaftlich angesehen werden darf. Das hat bereits zur erheblichen Steigerung der Attraktivität der Beschäftigung in der Pflege beigetragen. Wir haben zudem Personalmindeststandards für Krankenhäuser und die Pflege auf den	Gesundheitsrisiken sind existenzielle Risiken, Bagatellen können unbehandelt ernsthafte Erkrankungen werden, die dann auch kostspielig sind. Zuzahlungen sparen keine Kosten. Demographischer Wandel und medizinischer Fortschritt sind keine neuen Entwicklungen. Richtig ist, dass die Kosten schneller wachsen als das Beitragsaufkommen, was durch die Einbeziehung aller Einkommensarten abgedeckt werden kann. Wir sind für die paritätische Finanzierung, für die Abschaffung aller Zuzahlungen und eine umfassende Gesundheitsversorgung.	Mehr Selbstbeteiligungen und Leistungseinschränkungen sind nicht der Weg, um allen Menschen eine gute und qualitativ hochwertige Versorgung zu ermöglichen. Stattdessen wollen wir mit der Bürgerversicherung ein gerechteres und stabileres finanzielles Fundament für Gesundheit und Pflege schaffen. Dabei wollen wir auch die paritätische Finanzierung wieder einführen, damit Gesundheitskosten fair zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern geteilt werden. Durch attraktivere Arbeitsbedingungen, Aufstiegsmöglichkeiten und gute Ausbildung wollen wir zu einer Lösung des Fachkräftemangels beitragen.	Keine Antwort	Wir Freie Demokraten sind der Ansicht, dass die bereits im System vorhandenen Mittel deutlich effizienter einzusetzen sind und Kosteneinsparpotentiale genutzt werden sollten. Zudem treten wir weiterhin für die freie Krankenkassenwahl zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung unabhängig vom Einkommen ein. Wir wollen eine starke stationäre und ambulante Versorgung sicherstellen und dazu beispielsweise Ärztinnen und Ärzte von Bürokratie entlasten, Anreize für Niederlassungen im ländlichen Raum prüfen und die Krankenhausfinanzierung verbessern, indem diejenigen Länder, die ihren Investitionsverpflichtungen nachkommen, vom Bund einen Zuschuss erhalten.	Wir wollen, dass die gesetzlichen Krankenkassen wieder ihre Beitragsautonomie erhalten. Dies erhöht den Wettbewerb unter den Kassen und der Versicherte profitiert von besseren Angeboten und niedrigeren Beitragssätzen. Deshalb soll der Gesundheitsfonds abgeschafft werden. Gleichzeitig wollen wir zurück zum Prinzip der anteilsgleichen Finanzierung der Krankenversicherung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Zusätzliche Kosten im Gesundheitssystem müssen wieder von beiden Seiten zur Hälfte übernommen werden. Wir wollen nicht, dass der Staat die Beiträge der gesetzlich Versicherten für die Finanzierung der Gesundheitskosten der Asylbewerber heranzieht. Gesundheitsleistungen müssen auch in Zukunft bezahlbar bleiben. Wir werden deshalb die Prävention stärken. Denn diese schützt vor langwierigen und teuren Behandlungen. Für eine gute Gesundheitsversorgung gilt es, die freien Berufe zu stärken. Versorgungslücken werden wir nur in Zusammenarbeit mit frei-	Die Krankenkassen sollen auf ein steuerfinanziertes Gesundheitswesen umgestellt werden, damit alle Einkommen unabhängig von Einkommensart und Beitragsbemessungsgrenzen herangezogen werden. Dabei muss eine ausreichende Finanzierung des Gesundheitswesens sichergestellt werden. Es darf keine „Behandlung nach Kassenlage“ erfolgen. Fachkräftemangel begegnet man am besten mit Wertschätzung.
--	--	---	--	---------------	--	--	---

CDU/CSU	SPD	Die Linke	Bündnis 90 / Die Grünen	AFD	FDP	Freie Wähler	Piratenpartei
	Weg gebracht. Das hilft den Beschäftigten, verbessert die Qualität der Versorgung.					beruflichen sowie niedergelassenen Haus- und Fachärzten, Hebammen, Apothekern und Therapeuten verhindern. Im Bereich der Pflege fordern wir eine Offensive für Pflegekräfte mit ausreichendem Personalschlüssel, qualifizierter Aus- und Weiterbildung (auch an Hochschulen), einer höheren und leistungsgerechten Entlohnung der Beschäftigten und bessere Arbeitsbedingungen. Es muss hierbei außerdem mehr Zeit für den Patienten zur Verfügung stehen.	
<i>Wie steht Ihre Partei zum Konzept der „Lebensleistungsrente“ bzw. „Solidarrente“? Mit welchen Maßnahmen plant Ihre Partei dem sinkenden Rentenniveau zu begegnen bzw. wie soll die private und betriebliche Altersvorsorge zu einer Stabilisierung des Rentenniveaus beitragen?</i>							

Die Weiterentwicklung der Rente nach 2030 soll in einem partei- und fraktionsübergreifenden gesellschaftlichen Konsens unter Einbeziehung der Tarifpartner geregelt werden. Zu diesem Zweck setzen wir eine Rentenkommission ein, die bis Ende 2019 Vorschläge erarbeiten soll. Die gesetzliche Rente soll zentraler Pfeiler der Altersvorsorge bleiben. Daneben sind Betriebsrenten und die private Vorsorge (z. B. Riester-Renten) ebenfalls von großer Bedeutung für eine nachhaltige und gute Altersversorgung.	Wer 35 Jahre oder länger Beiträge gezahlt hat und/oder Zeiten für Kindererziehung und Pflege angerechnet bekommt, soll Anspruch auf eine gesetzliche Solidarrente haben. Das aktuelle Rentenniveau von 48 Prozent werden wir stabilisieren. Das gilt auch für den Beitragssatz von 22 Prozent. Die betriebliche Altersversorgung haben wir verbessert und die Regeln vor allem für kleine und mittlere Unternehmen verbessert. Bei der privaten Altersvorsorge erleichtern wir es, die hohe staatliche Förderung in Anspruch zu nehmen, von der vor allem Geringverdienende und Kindererziehende profitieren.	Zentral ist für uns die Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung: das Rentenniveau aus der GRV muss perspektivisch wieder auf 53% vor Steuern angehoben werden, die gesetzliche Rente muss wieder den Lebensstandard sichern und die volle paritätische Finanzierung ist wieder herzustellen. Dazu soll die GRV in eine echte Erwerbstätigenversicherung überführt werden, in der alle Berufsgruppen (einschließlich Selbstständige, Beamte, Politikerinnen und Politiker, Freiberufler) mit ihrem Arbeitseinkommen versicherungspflichtig sind. Für niedrige Einkommen wird die Rente nach Mindestentgeltpunkten entfristet und schließlich eine einkommens- und vermögensgeprüfte Solidarische Mindestrente eingeführt, damit niemand im Alter von weniger als 1050 Euro leben muss. Bestehende Riester-Verträge können, je nach Wunsch des Versicherten, in die GRV überführt oder weitergeführt werden, allerdings läuft die staatliche Förderung hierfür aus, da die Riester-Rente ganz offensichtlich die bei ihrer Einführung gemachten Versprechungen nicht halten kann. Betriebliche Altersvorsorge kann selbstverständlich weiter geführt werden, ebenso wie andere Formen privater Altersvorsorge, vornehmlich so, dass tatsächlich ein wesentlicher Teil der Altersvorsorge vom Arbeitgeber mitfinanziert wird.	Dass Menschen im Alter ein gutes und selbstbestimmtes Leben führen können, ist für uns eine Frage der Gerechtigkeit und der Würde. Ein stabilisiertes Rentenniveau sowie eine Garantierente für langjährig Versicherte können sicherstellen, dass das Einkommen im Regelfall über dem Niveau der Sozialhilfe liegt. Auch die betriebliche und die private Vorsorge wollen wir stärken. Von Leistungsverpflichtungen wie der Mütterrente oder anderen gesamtstaatlichen Aufgaben wollen wir die Rentenkassen entlasten.	Keine Antwort	Die „Lebensleistungsrente“ beziehungsweise „Solidarrente“ widerspricht dem Grundsatz der Leistungsgerechtigkeit, ist kostspielig und bekämpft Altersarmut nicht gezielt. Wir Freie Demokraten wollen die Rente entkoppeln machen und an moderne Erwerbsbiographien anpassen – durch einen flexiblen Renteneintritt ab 60, die Abschaffung der Hinzuverdienstgrenzen und einen Vorsorgemix. Betriebliche und private Altersvorsorge müssen daher attraktiver werden. Hier wollen wir zum Beispiel mehr Verbraucherfreundlichkeit, Riester-Förderung auch für Selbstständige oder mehr Möglichkeiten in allen Bereichen geförderter Altersvorsorge, auch in Infrastruktur, Aktien und andere Unternehmensbeteiligungen zu investieren.	Wir wollen keine weitere Absenkung des Rentenniveaus. Da eine Erhöhung der Rentenbeiträge über 20 Prozent die Kosten des Faktors „Arbeit“ in Deutschland weiter steigen ließe, wollen wir Finanzierungslücken des Rentensystems steuerfinanziert schließen. Gesetzliche, betriebliche und freiwillige private Vorsorge müssen so aufgestellt werden, dass wieder ein möglichst hoher Rentenanspruch sichergestellt und ein weiteres Absinken des Rentenniveaus vermieden wird. Das Schonvermögen eines Antragstellers von Hartz IV soll zur Vermeidung von Altersarmut erweitert werden. Der Bemessungsbetrag soll auf 2.000 Euro pro Lebensjahr ohne Obergrenze angehoben werden. Automatisierungsprozesse in der Industrie werden zur Herausforderung für den Faktor Arbeit. Maschinen werden in Zukunft noch viel stärker den Faktor Arbeit ablösen. Wir wollen, dass Kapitalgesellschaften für ihre Standorte in Deutschland angemessene Steuern zahlen und damit einen gerechten Beitrag zur Sicherung des Sozialstaats leisten. Nachwuchs sorgt für Nachhaltigkeit unseres Rentensystems. Deswegen müssen wir Eltern die Kindererziehungszeiten mit dem letzten Bruttogehalt bei der Rente voll anrechnen. Die Unterscheidung in der Anrechnung für Kinder, die vor und nach 1992 geboren wurden, ist nicht vereinbar mit dem Gleichheitsgebot. Mehrkosten müssen durch Steuermittel aufgebracht werden.	Wir fordern eine ausreichenden Mindestlohn, um in der gesetzlichen Rentenkasse als Beschäftigter in Vollzeit bei 40 Beitragsjahren und Renteneintrittsalter von 67 Jahren Anspruch auf eine Rente oberhalb der Armutsgefährdung zu erreichen. Für 2017 ergeben sich so ca. 15,00 Euro brutto. Die Bestrebungen, immer mehr Menschen in private Rentenversicherungen wie Riester- oder Rürup-Verträge zu drängen, lehnen wir ab. Sie dienen nur in den seltensten Fällen tatsächlich den Antragstellern.
---	---	---	--	---------------	--	--	---

*Wie möchte Ihre Partei die Integration von Flüchtlingen und Zuwanderern erfolgreich realisieren und welche weiteren Schritte sind geplant, um die Einwanderung bzw. Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland zu steuern?*

Für CDU und CSU besteht Integration aus Fördern und Fordern. Wir haben die Sprach- und Integrationskurse ausgeweitet und Maßnahmen zur Integration in den Arbeitsmarkt verbessert. Deutschland braucht ein „Fachkräfte-Zuwanderungsgesetz“ zur Steuerung von Einwanderung in den Arbeitsmarkt, das sich am Bedarf unserer Volkswirtschaft orientiert. Wir werden die bereits bestehenden Regelungen zusammenfassen und, wo nötig, effizienter gestalten.	Wir wollen für die Integration der Zugewanderten und insgesamt für den Zusammenhalt der Gesellschaft die Voraussetzungen schaffen und vor allem in Sprachförderung, Bildung, Ausbildung, Arbeitsmarkt, Wohnungsbau und Gesundheit investieren. Frühe Förderung ist für bessere Teilhabechancen besonders wichtig. Wir werden unser Integrationsgesetz weiter ausbauen und ein Einwanderungsgesetz mit einem flexiblen und nachfrageorientierten Punktesystem schaffen, mit dem wir Einwanderung qualifizierter Arbeitskräfte nach Deutschland besser steuern können.	Die Integration von neu zugewanderten Menschen kann nur mit einer sozialen Offensive bewältigt werden. Eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen, Erhalt und Ausbau der sozialen und kulturellen Infrastruktur vor Ort kommen allen Menschen im Land zugute und verbessern die Integration. Spezifischer braucht es ein Recht auf Sprach- und Orientierungskurse, erleichterte Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse und Weiterqualifizierung.	Unser bürokratisches Einwanderungsrecht kann der Bedarf an Fachkräften oft nicht decken. Zudem ist es nicht darauf eingestellt, die Folgen des demografischen Wandels abzumildern. Ein Einwanderungsland braucht aber ein Einwanderungsgesetz. Wir wollen die arbeitsplatzgebundene Einwanderung so vereinfachen, dass (Hoch)Qualifizierte leichter zuziehen können. Wir werden zudem eine sog. Talentkarte einführen. Mit ihr sollen sich nachweislich gut qualifizierte Fachkräfte binnen eines Jahres einen Job suchen können. Auch wollen wir, dass Menschen bei uns einfacher studieren bzw.	Die Integration von "Flüchtlingen" und Zuwanderern, wie sie seit ca. 2015 unreglementiert in unser Land einreisen, wird nur im Promillebereich mit dem Anspruch möglich sein, den ein hochindustrialisiertes Land wie Deutschland stellt. Denn ca. 2/3 sind absolute bis funktionale Analphabeten und der Rest fast ausschließlich minderqualifiziert. Wir plädieren für eine Fachkräftepolitik, wie sie Bestandteil des "kanadischen Modells" ist, also unter Einbeziehung der deutschen Botschaften, einer weltweiten Bewerbungsplattform und einem Punktesystem sowie ggf. anfängliche Steuererleichterungen für ausländi-	Wir Freie Demokraten wollen ein geordnetes Einwanderungsrecht schaffen, das zwischen individuell politisch Verfolgten, Kriegsflüchtlingen und dauerhaften Einwanderern klar unterscheidet. Das Grundrecht auf Asyl für individuell politisch Verfolgte ist für uns unantastbar. Für Kriegsflüchtlinge wollen wir mit dem vorübergehenden humanitären Schutz einen eigenen Status schaffen, der auf die Dauer des Krieges begrenzt ist. Für die dauerhafte Einwanderung wollen wir die Blue Card reformieren und ein Punktesystem einführen, bei dem sich Menschen aus aller Welt aufgrund ihres Bil-	Hier bedarf es zwingend konkreter Maßnahmen: - Flächendeckende Sprachkurseangebote. - Klare Regeln für Einwanderung. Wir wollen deshalb in der kommenden Wahlperiode ein Einwanderungsgesetz nach kanadischem Vorbild verabschieden. Qualifizierte Arbeitsmigration ist für uns ein Gewinn, wenn sie richtig gestaltet wird. Langzeitarbeitslose und Migranten der 2. und 3. Generation gilt es aber auch besser nachzuqualifizieren. - Wir wollen dem Fachkräftemangel begegnen, indem wir möglichst umfassend die zu uns kommenden	Wir setzen uns für die Befähigung aller Menschen in Deutschland ein, dazu gehört für uns auch ein Angebot an Sprachkursen, um insbesondere im Rahmen einer Integrationspolitik hier so früh wie möglich die Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen. Wenn Menschen den mutigen Schritt zu uns gewagt haben, muss dieser Prozess begleitet werden, die Integration am Arbeitsplatz hört nicht am Firmengelände auf.
--	--	---	---	---	--	---	--

CDU/CSU	SPD	Die Linke	Bündnis 90 / Die Grünen	AFD	FDP	Freie Wähler	Piratenpartei
			beruflich qualifizieren können. In den Integrationskursen sollen berufsbezogene Sprachkenntnisse besser vermittelt werden. Auch sollen Einwander*innen schneller ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht erhalten. Damit Asylbewerber und Flüchtlinge schnell in den Arbeitsmarkt integriert werden, brauchen wir jetzt eine Kraftanstrengung und müssen deutlich mehr in Sprachkurse, Qualifizierungen und betriebliche Maßnahmen investieren.	sche Fachkräfte.	ungsgrades, Alter, ihrer Sprachkenntnisse und beruflichen Qualifikation um eine Einwanderung nach Deutschland bewerben können. Flüchtlingen, die sich entsprechend integriert haben, wollen wir bei Erfüllung der Kriterien eine Einwanderungschance ermöglichen. Zudem wollen wir, dass dauerhafte Einwanderer bei Erfüllung entsprechender Voraussetzungen eingebürgert werden können und die doppelte Staatsangehörigkeit dabei bis zur Enkelgeneration möglich ist.	Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt integrieren. Hierfür sind maßgeschneiderte Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit notwendig, die in enger Abstimmung mit den Industrie- und Handelskammern, den Handwerkskammern und den Unternehmen entwickelt werden müssen. - Wir wollen Planungssicherheit für die Wirtschaft und fordern, dass integrations- und leistungswillige Flüchtlinge ihre Ausbildung beenden und eine zweijährige Praxiszeit absolvieren können, ehe ihr Aufenthaltsstatus neu bewertet wird. Eine Ausbildung ist die beste Entwicklungshilfe. - Wir wollen Rückkehrhilfen und -beratungen für Personen mit schlechter Bleibeperspektive ausbauen, damit wir uns auf Personen mit guter Bleibeperspektive konzentrieren.	

Welche Maßnahmen sollen im Bereich der Familien- und Bildungspolitik ergriffen werden, um die gleichen Aufstiegschancen für Menschen aus unterschiedlichen sozialen Schichten zu erreichen und zu gewährleisten? Wie soll die Finanzierung der Maßnahmen sichergestellt werden? Sieht Ihre Partei Veränderungen in den Gesetzgebungskompetenzen des Bundes und der Länder vor?

Damit alle Familien mehr Geld für ihre Kinder haben, werden wir das Kindergeld zunächst um 25 Euro pro Kind und Monat erhöhen und den Kinderfreibetrag anheben. Wir wollen den Ausbau der Kindertagesstätten weiter voranbringen und mit mehr Erzieherinnen und Erziehern die Betreuungsqualität verbessern. Zudem wird es einen Rechtsanspruch auf Betreuung im Grundschulalter geben. Damit der Wohnort die Bildungssituation der Schülerinnen und Schüler nicht negativ beeinflusst, stellt der Bund finanzschwachen Kommunen 7 Milliarden Euro insb. zur Modernisierung der Schulen bereit. Mit dem Digitalpakt werden wir für eine schnelle Internetanbindung und moderne Ausstattung in unseren Schulen sorgen.	Der Kampf gegen die soziale Ungleichheit in den Bildungschancen ist ein Kernanliegen der SPD. Zu den Maßnahmen für mehr Chancengleichheit gehört die Durchsetzung der Gebührenfreiheit in der Bildung von der Kita bis zur Hochschule. Wir wollen zweitens den Rechtsanspruch auf einen Ganztagsschulplatz im Grundschulbereich einführen. Darüber hinaus werden wir die schulische Sozialarbeit und die Duale Ausbildung stärken. Die Investitionen von Bund und Ländern sind erheblich. Aber nicht in Bildung zu investieren wäre weitaus teurer und Deutschland sollte seine derzeitige Finanzkraft und die erheblichen Rücklagen nutzen, um entschieden in seine Zukunft zu investieren.	DIE LINKE setzt sich für ganztägige und gebührenfreie Betreuung für alle Kinder in Kitas ein. Wir wollen Gemeinschaftsschulen als Orte des gemeinsamen Lernens vom Schulanfang bis zum Abitur. Wir wollen ein Grundrecht auf Ausbildung im Grundgesetz. Wir setzen uns für eine soziale Öffnung der Hochschulen sowie eine BAföG-Reform ein. Wir wollen das Kooperationsverbot ganz abschaffen und stattdessen eine umfassende Gemeinschaftsaufgabe Bildung und Wissenschaft im Grundgesetz verankern.	Wir setzen uns für gute Bildung für alle ein. Jedes Kind ab 2 Jahren soll einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz in einer guten Kita haben. Mindeststandards für die Qualität wollen wir gesetzlich festlegen und die Finanzierung mit Bundesmitteln unterstützen. Die finanzschwachen Kommunen entlasten wir um 10 Mrd. €, damit sie ihre Schulen fit machen können für die Zukunft. Außerdem wollen wir das Kooperationsverbot aufheben, um ein neues Ganztagsschulprogramm auflegen zu können. Und das grüne Familienbudget soll mit jährlich 12 Mrd. € Kinderarmut verhindern und Familien finanziell entlasten.	Keine Antwort	Wir Freie Demokraten wollen jedem Menschen unabhängig von der sozialen Herkunft die weltbeste Bildung ermöglichen. Dazu wollen wir die Ausgaben für Bildung so erhöhen, dass gemessen am Staatshaushalt Deutschland zu den führenden fünf OECD-Mitgliedsstaaten zählt, und einheitliche Bildungsstandards schaffen. Dafür muss der Bildungsföderalismus grundlegend reformiert werden. Zudem planen wir vielfältige weitere Maßnahmen, wie etwa Sprachförderung bereits vor der Einschulung, elternunabhängige Ausbildungsförderung oder staatlich unterstütztes Bildungs sparen. Familien und Alleinerziehende wollen wir beispielsweise dadurch entlasten, dass wir die Kinderfreibeträge anheben und Betreuungskosten bis zum Höchstbetrag steuerlich voll absetzbar machen.	Wir wollen allen Kindern und Jugendlichen in Deutschland gleiche Bildungschancen garantieren. Unsere Schulsysteme müssen ihnen unabhängig vom Geldbeutel der Eltern den Raum zur Selbstverwirklichung geben, um ihre persönlichen Fertigkeiten, Interessen und Stärken auszubilden und sie auf das Berufsleben optimal vorbereiten. Wir wollen: - Eine kostenfreie Kinderbetreuung und Bildung in hoher Qualität in ganz Deutschland. - Einheitliche Ausbildungsinhalte sowie - Vorgaben für gut ausgebildetes und angemessen bezahltes Personal. - Ausbau von Ganztagschulen bundesweit. - Das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern im Schulbereich beseitigen. - Angleichung der bundesweiten Bildungsstandards. - Gleichberechtigte und uneingeschränkte Teilhabe aller Kinder an allen Aktivitäten des schulischen Lebens. - Berufliche Bildung aufwerten. - Elternunabhängiges BAföG. - Breit zugängliches Stipendiensystem. - Teilzeitstudiengänge fördern.	Abgesehen von einer vollkommenen Reform des Bildungsbereiches hin zu einem lebenslangen fließenden Lernprozess sollten als erste Schritte die Abschaffung des föderalen Bildungssystems und eine zukunftsorientierte Ausstattung der Schulen mit Lehrmitteln und entsprechendem Personal sein. Dabei ist auf freie Lehrmittel (Open Education Resources) und Open Source im Softwarebereich zu achten. Alleine durch diese beiden Maßnahmen sowie den Wegfall der für den Föderalismus notwendigen Strukturen können enorme Kosten eingespart werden.
---	--	--	--	---------------	---	--	---

## Informationen und Download: [www.bdvb.de/wahlpruefsteine](http://www.bdvb.de/wahlpruefsteine)

Bundesverband Deutscher Volks- und Betriebswirte e.V. (bdvb)  
 Florastraße 29, D-40217 Düsseldorf  
 Tel. +49 211 371022  
 Fax +49 211 379468  
 E-Mail: [info@bdvb.de](mailto:info@bdvb.de)  
 Internet: [www.bdvb.de](http://www.bdvb.de)

Vertretungsberechtigter Vorstand: Dipl.-Ök. Peter Herrmann (Präsident), Dipl.-Kff. Nadine Lorenz (Vizepräsidentin), Dipl.-Phil. Ralf Neuhaus (Vizepräsident), Dipl.-Betriebsw. (BA) Bodo Wißkirchen (Vizepräsident), Dr. Reinhard Liedl (Schatzmeister)  
 Vereinsregister-Nr. 46 Nz, Amtsgericht Charlottenburg

**bdvb**  
 Das Netzwerk für Ökonomen

